

Pressestelle

**Claudia Beck**

Fraktionsgeschäftsführerin  
Pressesprecherin  
Franz-Josef-Röder Str. 7  
66119 Saarbrücken  
Telefon: 0681/5002 509  
Mobil: 0171/47 57 934  
c.beck@landtag-saar.de

## Grüne kritisieren SPD und Linke wegen Antrag auf Kürzung der Mittel für Landesaufnahmestelle Lebach

*Im Haushaltsausschuss des Landtages stellte die SPD-Fraktion einen Antrag zur Ab-stimmung, mit dem die Ausgaben für die Landesaufnahmestelle um 732.000 Euro gekürzt werden sollten. Die Linken-Fraktion stimmte dem Antrag zu. Grüne, CDU und FDP lehnten den Antrag ab.*

„Wir sind mehr als verwundert über diesen Antrag der SPD-Fraktion und das Abstimmungsverhalten der Linken-Fraktion.“ erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Markus Schmitt. In Pressemitteilungen machten sich die Oppositionsfraktionen zwar öffentlichkeitswirksam für Verbesserungen für die Flüchtlinge in der Landesaufnahmestelle stark, wenn es dann aber darum ginge, hierfür wirklich Geld in die Hand zu nehmen, kneife sie. „Hier zeigt sich überdeutlich, dass es SPD und Linken auch beim Thema Flüchtlinge nur um pressewirksame Auftritte geht. Es ist einfach, immer lautstark zu protestieren. Dann aber genau bei denjenigen sparen zu wollen, bei denen man vorgibt, ihre Interessen vertreten zu wollen, ist der blanke Hohn!“ so Schmitt. Die Landesregierung habe im Haushaltsentwurf zusätzliche Mittel in Höhe von 600.000 Euro für die Landesaufnahmestelle bereitgestellt. Schmitt: „Wir tun tatsächlich etwas für die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in der Landesaufnahmestelle – und zwar nicht nur mit Geld, sondern auch Taten - und reden nicht nur davon, wie SPD und Linke. Wir erwarten, dass die Oppositions-Fraktionen im Sinne der Betroffenen in Lebach an dieser Stelle dem Haushalt in der kommenden Woche zustimmen werden.“

Auch an anderen Stellen habe die SPD-Fraktion nicht nachvollziehbare Kürzungen vorgesehen. So wolle sie die Mittel bei der Förderung von Gründerinitiativen um 92.500 Euro kürzen. „Diese Mittel sind gerade für die Förderung von Migranten und Frauen bei der Gründung von Unternehmen vorgesehen. Hier kürzen zu wollen, ist der völlig falsche Ansatz.“ erklärte Schmitt. Zu-dem seien die Vorschläge zur Gegenfinanzierung neuer Ausgaben unseriös und reine Luftnummern. Die SPD gehe scheinbar davon aus, dass die Steuermoral der Saarländerinnen und Saarländer weitaus schlechter sei, als bisher bekannt und diese Fälle auch noch alle aufgedeckt würden. Die unterstellten Einnahmezuwächse in diesem Bereich würden sich wohl kaum realisieren lassen. „Alles in allem hat die Opposition hier keinerlei Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltssituation und der Lebensverhältnisse im Saarland vorgelegt.“ so Schmitt abschließend.